Das Kolonialreich der russischen Zaren



Die Jahreszahlen geben den ungefähren Zeitpunkt an, zu dem die betreffenden Gebiete von den Zaren annektiert wurden.

Von den 22,8 Millionen Quadratkilometern, über die Nikolaus II. herrschte, waren 17,4 Millionen Kolonialgebiet. Das hat Lenin festgestellt. Somit gehörte das alte Zarenreich zu den größten Kolonialmächten der Erde; und vor Lenin haben bereits Marx und Engels darauf hingewiesen, daß die Zaren in immer neuen Feldzügen immer mehr fremde Völker unterjochten und sich ein Weltreich zusammenraubten. Aber wer sind schon Marx, Engels und Lenin gegen jene neuen Zaren, die mit geradezu entwaffnender Unlogik die alten Zaren rehabilitieren.

So erfährt der erstaunte Leser beispielsweise aus der heuer erschienenen „Großen Sowjet-Enzyklopädie", daß etwa Kirgisien bloß deshalb annektiert wurde, um die „Werktätigen vor der grausamen Unterdrückung durch die Feudalherren von Khok und Khan" zu schützen. Na, da werden die werktätigen Nomaden aber gejubelt haben, als sie vom feudalen Regen in die kaiserliche Traufe kamen. Daß dann zwischen 1903 und 1913 sieben bis zehn Prozent der Kirgisen elendiglich zugrundegingen, das steht allerdings nicht in der Enzyklopädie. Denn — bei aller Dreistigkeit — man kann nicht gut behaupten, die Leute hätten sich vor Freude allesamt zu Tod gelacht.

Doch nicht nur in Kirgisien, sondern auch von Kasachstan bis nach Sibirien haben die Zaren keine Kosten und Mühen gescheut, um die Völker vor der Knechtschaft durch östliche rückständige Länder zu bewahren. Du verstehst die zarte Anspielung, lieber Leser? Na, dann ist's gut, dann verstehst du auch, warum die Turkmenen, die Ukrainer, die Polen und mit ihnen all die anderen den Einmarsch der zaristischen Armeen schon gar nicht mehr erwarten konnten. Wenn man jetzt noch liest, daß mancherorts die Völkerschaften „aus freiem Willen in das russische Reich" eintraten, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man seinerzeit in ganz Eurasien die guten alten Zaren zur Okkupation ja direkt aufgefordert hat. Und plötzlich fällt es einem wie Schuppen von den Augen: Genauso war's doch auch am 21. August 1968, als die tschechoslowakische Bevölkerung tränenden Auges (Freudentränen!) die Panzerarmeen der guten neuen Zaren begrüßte.

Bleibt nur noch die Frage offen, vor welchen östlichen rückständigen Unterdrückern wohl die Bevölkerung der fernöstlichen Amur- und Küstengebiete errettet werden sollte, denn laut Enzyklopädie unterstanden die Bewohner dieser Provinzen „niemandes Gerichtsbarkeit" und gab es dort „keine Verwaltungsorgane der Tjing-Dynastie". Nur sonderbar, daß sogar die russische Romanow-Dynastie zugab, daß es im Fernen Osten bis zum russischen Eindringen „chinesische Beamte und Militärposten" gab, das Land einst also unbestreitbar chinesisch war. Erst der Chruschtschow-Breschnew-Dynastie blieb es vorbehalten, das Gegenteil zu behaupten. Aber wer die „Prawda" für sich gepachtet hat, der braucht es mit der Wahrheit ja nicht so genau zu nehmen. ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

rote garde★

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

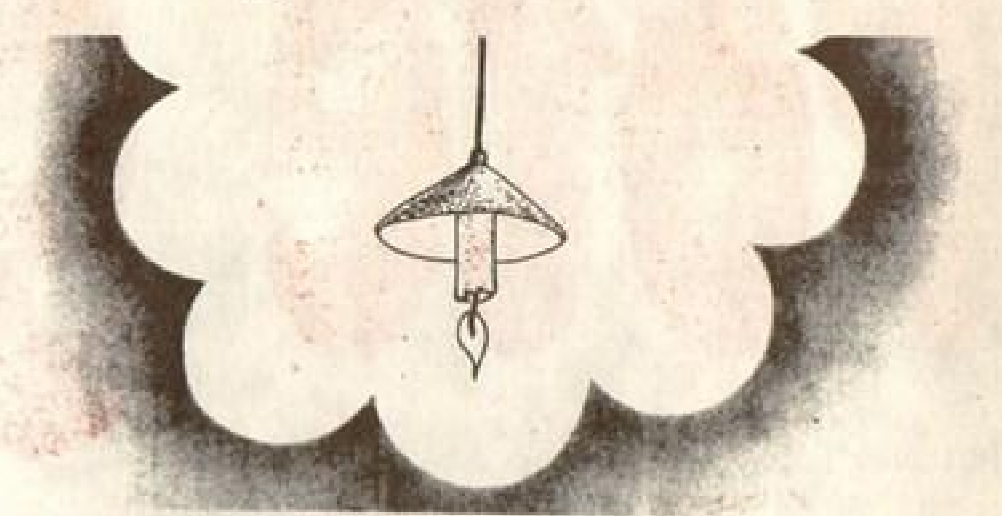
Nr. 42 · November 1973





Die Funzel der „K"PÖ brennt in die falsche Richtung

Was der Bourgeoisie nützt



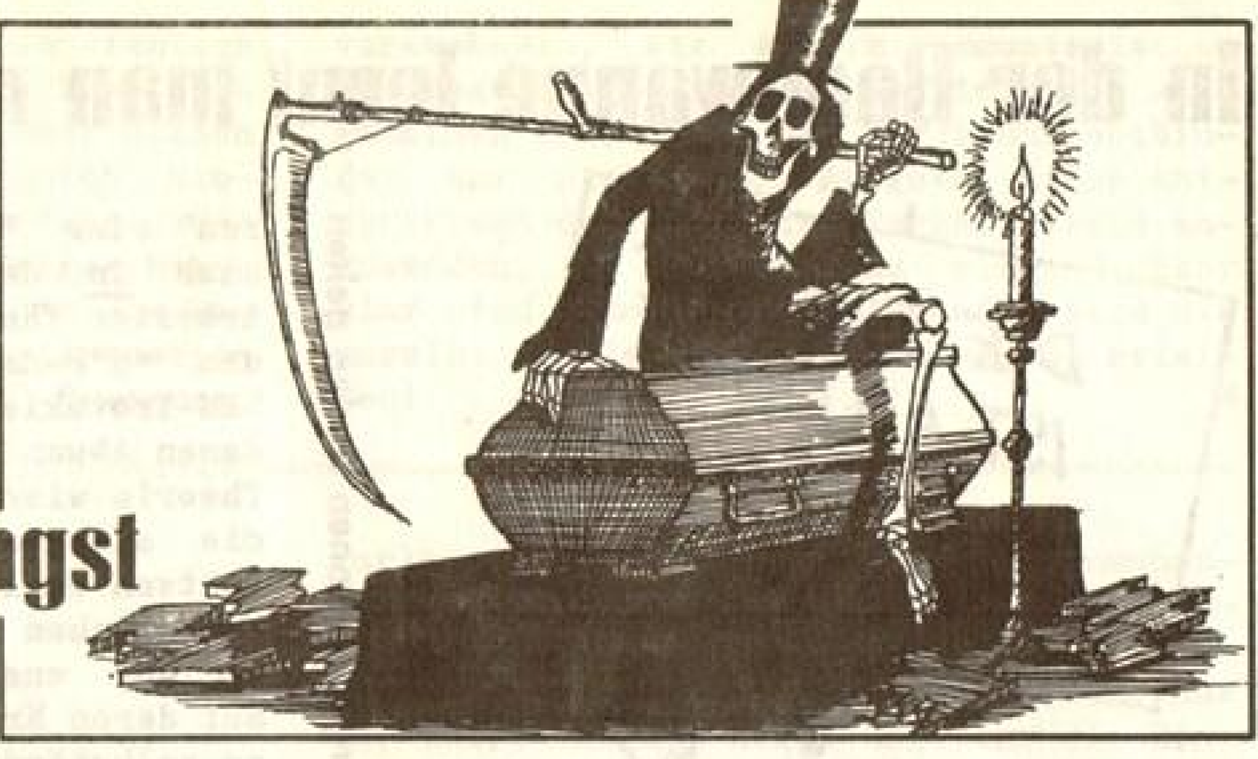
Die "K"PÖ hat in ihrer Wahlwerbung so viel davon gesprochen, daß sie für die "Interessen des arbeitenden Wien" eintritt. Wie soll aber diese "Kontrolle" im Gemeinderat (oder im Parlament) ausschauen, von der die revisionistische Partei so oft faselt. In der Broschüre "Argumente zur Wahl des Wiener Gemeinderates", welche die "K"PÖ zur Wahlpropaganda herausgegeben hat, heißt es: "Wir machen nicht Opposition um jeden Preis und betreiben keine destruktive Politik, wie das sehr oft von unserem politischen Gegner behauptet wird." Wenn die Kapitalisten von destruktiver Politik reden, so meinen sie damit eine Politik, die sich gegen ihre Herrschaft, gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem richtet. Die "K"PÖ beeilt sich aber sofort, diese Befürchtungen zu zerstreuen und es auch dem letzten rückständigen Kapitalisten klarzumachen, daß sich die Arbeiterführer vom Höchstädtplatz schon längst mit dem Kapitalismus ausgesöhnt haben. So heißt es weiter: "Beweise für eine konstruktive Mitarbeit haben viele Kommunisten geliefert, die im Parlament und im Rathaus lange Jahre wirkten, und liefern heute all jene kommunistischen Mandatare, die in verschiedenen öffentlichen Funktionen tätig sind." Was die "K"PÖ sich hier als Verdienst anrechnet, war aber gerade nicht eine Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse, sondern zum Nutzen des Kapitals. Denn die "K"PÖ hat maßgeblich dazu beigetragen, daß in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg die Diktatur der Bourgeoisie wiederaufgerichtet werden konnte. Sie war es ja, die der Arbeiterklasse den bürgerlichen Parlamentarismus schmackhaft machte und ihn mehr als alle anderen Parteien in den Himmel hob. Die revisionistischen Parteiführer logen den Arbeitern vor, daß im Parlament irgendetwas entschieden werde und daß man mit seiner Hilfe "friedlich" zum Sozialismus gelangen könne.

Diese Rolle bezeichnen die Revisionisten als konstruktive Mitarbeit und wo immer heute die "K"P-Führer Pöstchen und Ämter besitzen, verkaufen sie die Arbeiter an das Kapital. Das zeigt allein schon die Rolle der "Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit" im ÖGB. Dort stimmte z.B. der Revisionist Anton Hofer in die Demagogie der SP-Bonzen ein, daß die Löhne für die überwiegende Zahl der Branchen stärker als die Preise gestiegen seien (zu lesen in "Arbeit und Wirtschaft" 4/73), während der selbe Hofer in der "Volksstimme" zur gleichen Zeit Artikel verfaßte, in denen er erklärte, daß der ÖGB noch viel zu wenig von den Unternehmern fordert und die Arbeiter ihn zu höheren Lohnforderungen zwingen müßten. Ein solches demagogisches Doppelspiel betreiben die "K"P-Führer immer und überall. Sie sollen mit ihren "kommunistischen" Phrasen die unzufriedenen Arbeiter abhalten, den Weg nach links zu gehen und sie sollen dem parlamentarischen Betrugstheater als "oppositioneller" Aufputz dienen. So erklären sie auch, daß sie "immer jenen Gesetzesvorschlägen ihre Zustimmung geben" werden, "die den Interessen der arbeitenden Menschen entsprechen, und nicht danach fragen" werden, "wer diese Gesetzesvorschläge einbringt." Die Revisionisten, sollten sie einmal in den Gemeinderat einziehen, werden also jedes demagogische Manöver der anderen Kapitalsparteien unterstützen und den arbeitenden Menschen volksfeindliche Maßnahmen schmackhaft machen. Die Herrschenden betrachten deshalb auch jede Stimme, die für die "K"PÖ abgegeben wurde, als eine Stimme für das kapitalistische Gesellschaftssystem.

Die "K"PÖ weiß ganz genau, daß die Marxisten-Leninisten zum Boykott der Wahlen aufrufen. Weil die Führer der "K"P befürchten, daß die arbeitenden Menschen durchschauen, daß die Wahlen ein Betrug sind und deshalb nicht oder ungültig wählen, weil sie Angst davor haben, daß die Arbeiter begreifen, daß jede der bestehenden Parteien sie betrügt und hintergeht und daß sie eine eigene Kampfpartei, eine wirklich marxistisch-leninistische Partei brauchen, darum schreiben sie auch: "Nichtwählen bringt keinen Fortschritt." Diese Äußerung zeigt ein weiteres Mal, daß der Wahlboykott der einzig richtige Ausdruck der Ablehnung der Kapitalsherrschaft ist! ●

Vom Dichterwort zur grausigen Wahrheit: Neapel sehen – und sterben

Geschäft mit der Todesangst



Der tüchtige Geschäftsmann muß hart sein. Clever. Und dynamisch. Er muß jede Gelegenheit nützen, selbst wenn seine Kundschaft schon mit einem Bein im Grab steht; Hauptsache, die Kasse stimmt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei allerdings gesagt: Der folgende Bericht stammt nicht aus Österreich, sondern aus Italien. Charakterliche Ähnlichkeiten mit Unternehmern aus Ihrer Heimatgemeinde, lieber Leser, sind also wirklich reiner Zufall.

„Juppeidi und juppeida, Schnaps ist gut für Cholera!" tönte es munter aus Touristenkehlen, während das Feuerwasser in dieselben gluckerte. Das war gegen Ende August, und die Italienurlauber feierten noch unbeschwert, wußten sie doch nicht, daß in und um Neapel nicht nur die Schnaps-, sondern auch schon Choleraleichen lagen. Denn die zuständigen Behörden hatten eine Woche lang den Ausbruch der Seuche verheimlicht. (Der Leiter des neapolitanischen Sanitätsressorts: „Hätte man vielleicht die Touristen verscheuchen sollen?") Und so blieben denn die Touristen, die ahnungslosen, noch eine Woche in der Stadt, um die Kassen der Fremdenverkehrsindustrie zu füllen. Was aber taten die Behörden die ganzen sieben Tage lang? Sie taten genau das, was die österreichischen Behörden heuer beim ersten Auftreten der Maul- und Klauenseuche getan hatten. Nämlich nichts. Wobei wir Österreicher jedoch das unverschämte Massel hatten, daß die Maul- und Klauenseuche nur das Rind- und Borstenvieh befällt.

Wäre die Cholera allerdings in den Villenvierteln oder den Palazzi der Reichen ausgebrochen, dann hätte wohl auch die laxeste Behörde rasch geschaltet. Aber die Cholera tritt vorzugsweise in den vergessensten Vierteln der schmutzigsten Städte auf, also in jenen Gegenden, um die sich die Herren Gemeindeväter einen Dreck scheren und letzterer deshalb zum Himmel stinkt. Na, und in den Slums von Neapel wohnt ja ohnehin nur armes Gesindel, wozu sich also alterieren? Daß die Orte in der Bucht von Neapel zu den schmutzigsten Plätzen Europas zählen, daran sind die Behörden übrigens schuldlos, haben sie doch vor Jahren schon die Mittel zum Saubermachen bewilligt. Bitte, daß das Geld inzwischen irgendwo „verschwunden" ist, das soll ja auch bereits wo anders vorgekommen sein. Weil aber eben kein Geld mehr da ist, deshalb bleibt der Unrat oft wochenlang in den Straßen liegen, denn wer soll die Müllabfuhr bezahlen?

Jene Leute, die auf eigne Faust ihre Straßen oder Wohnungen desinfizieren wollten, hatten keine Möglichkeit dazu. Schlagartig verschwanden nämlich aus Drogerien und Apotheken die Desinfektionsmittel, um hokuspokus zum zehnfachen Preis am schwarzen Markt dann wieder aufzutauchen.

Daß viele Kranke sterben mußten, lag wieder daran, daß sie von den Ambulanzen erst nach Tagen ins Spital geliefert wurden. Grund: „Personalmangel". Brachte aber ein Taxifahrer einen Kranken rasch ins Krankenhaus, so mußte er seinen Wagen desinfizieren lassen — auf eigene Kosten, weil der Stadtverwaltung „keine Mittel zur Verfügung" standen. Als sich dann herumsprach, daß Zitronensaft den Cholerabazillus tötet, da machten nach den Drogisten und Apothekern auch noch die Zitrusgroßhändler das Geschäft ihres Lebens. Der Preis für ein Kilo Zitronen stieg von 200 auf 1000 Lire (fast 32 Schilling), und bei 1000 Lire blieb der Preis dann auch. Aber nicht mehr pro Kilo. Pro Stück!

Womit einmal mehr bewiesen wäre, daß in der freien Welt selbst das größte Unglück noch sein Gutes hat, denn die freie Marktwirtschaft geht wirklich über alles. Selbstverständlich auch über Leichen. ●

In der Badewanne lernt man nicht schwimmen

Warum so manche „linke" Organisationen baden gehen



Nenning verdient nicht nur mit einer pornographisch garnierten Pro-SP-Zeitschrift Geld. (Es ist die "Neue Freie Presse" in dieser Hinsicht ein wahres Musterbeispiel.) Neben dieser Art geschäftlicher Betätigung gehört es auch zu seinem Aufgabenkreis, weise Ratschläge für die "Linke" im "Neuen Forum" von sich zu geben.

So schreibt er im "NF" (Juli), daß der Weg zu den Massen heute über die Gewerkschaften führt. Und "eine realistische rote Strategie...wird hier anzuknüpfen haben, und nicht beim inexistenten Proletarier." "Statt papierene Schlachten zu schlagen, ...sollte dieses Feld der politökonomischen Realität erobert werden."

Jeder Revolutionär kennt Nenning und weiß, daß dieser der Paradelinke vom Dienst bei der SPÖ ist. Wenn also dieser Nenning etwas von sich gibt, so ist daran bestimmt nichts Linkes daran, sondern es ist was faul bei seinen Äußerungen.

Deswegen sollte man über einen derartigen Ratschlag nachdenken. Die falsche Anschauung, daß man in der Gewerkschaft den Kampf führen könne, daß man sie "revolutionieren" oder "demokratisieren" solle, daß sich in der Gewerkschaft die Massen der Arbeiter fänden, ist weit verbreitet. Von den "K"P-Revisionisten bis hin zu den GRM-Trotzkisten findet sich in verschiedenen Abwandlungen und Variationen diese Theorie wieder. Sogar in Organisationen, die sich auf den Marxismus-Leninismus stützen wollen, reicht der Einfluß dieser schädlichen Ideen, die uns davon abhalten sollen, uns unter die Massen zu begeben, auf deren Kraft zu bauen und die Arbeiter zu selbständigen Kämpfen anzuleiten. Würden wir fälschlicherweise glauben, daß der Weg über die Gewerkschaften führt, so würden wir in der Praxis die Arbeiter den Bonzen zutreiben.

Wo sind denn in der Gewerkschaft die Möglichkeiten für die Arbeiter (etwa Mitgliederversammlungen), ihre Meinung über die ÖGB-Politik auszudrücken? Und wenn es diese Möglichkeit für die Massen nicht gibt, in der Gewerkschaft ihren Willen kundzutun - und diese Möglichkeit gibt es nicht -, vor welchen Massen sollen dann die Marxisten-Leninisten in der Gewerkschaft auftreten?

Wir haben schon wiederholt auf die Tatsache hingewiesen, daß ja der heutige ÖGB nicht zu revolutionieren ist (z.B. in "Volksmacht" Nr. 77, Seite 4). Wenn man eine solche Linie propagiert, so behindert man nur die Arbeiter, sich vom Einfluß der Sozialpartnerschaftspolitik und der Gewerkschaftsspitze freizumachen und selbständig betriebliche Kämpfe zu führen.

Wenn man sich auf den Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs beruft, so muß man auch von den konkreten Verhältnissen unseres Landes ausgehen. Tut man dies nicht, so irrt man nur in Büchern herum und fällt schließlich revisionistischen Fehlern zum Opfer.

Der Berliner proletarische Künstler Heinrich Zille sagte einmal: "Und nun ihr alle, die ihr jung seid, auf die wir hoffend sehen, hinaus in die Sonne, ins Freie, in die Weite, in die Gefahren - in der Badewanne lernt man nicht schwimmen!" Das ist sehr richtig. Und genausowenig, wie man in der Badewanne schwimmen lernt, genausowenig kann man aus Büchern eine Anleitung zum Klassenkampf abschreiben oder diese aus dem Ausland importieren. Man muß sich in die Praxis begeben, und es bedarf oft vieler Irrtümer, bis man die richtige politische Linie herausarbeiten kann, bis man völlige Klarheit gewinnt. Über diesen Erkenntnisprozeß kann man sich nicht hinwegsetzen, indem man einfach aufsagt, daß die Kommunisten "vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" voraushaben, wie es im kommunistischen Manifest heißt. Denn die Kenntnis der allgemeinen Grundlagen des Marxismus entbindet uns nicht der Aufgabe, diese entsprechend den konkreten Verhältnissen anzuwenden. Je früher man sich darüber klar wird, umso weniger Schaden wird die marxistisch-leninistische Bewegung erleiden! ●



Ein Leserbrief

zu „Das Parlament – eine Karikatur der Demokratie" in Nr. 41/September 1973

Mit großem Bedauern mußte ich feststellen, daß Genosse F.R. aus Wien sich mit dem Tonfall und der unsachlichen Argumentation der revisionistischen "K"PÖ sichtlich angefreundet hat. Ich finde es absolut nicht lustig und anschaulich das Wesen des Parlamentarismus auf derartige Weise darzustellen.

In der Art seiner Formulierungen geht Genosse F.R. den sehr eigenwilligen Weg, zu verallgemeinern und zu verwässern. Getraut er sich nicht die Dinge beim Namen zu nennen? Gruppen und Klassen auf eine Stufe zu stellen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gruppen sind doch alles andere als identisch mit der Arbeiterklasse.

Das Parlament mag zwar eine "Quatschbude" sein, aber es ist trotz allem ein sehr wirkungsvolles Mittel mit Hilfe von Verschleierungstaktiken in Form von fruchtlosem Gerede Dinge, die hinter den Kulissen schon längst entschieden sind, zu legalisieren. Das Volk darf zwar seine "Volksvertreter" wählen, die Leute, die aber die Entscheidungen treffen, seien es nun die hohen Bürokraten im Staatsapparat oder die einzelnen Vertreter der Kapitalisten bzw. die ebenfalls kapitalistischen Gewerkschaftsführer, bleiben aber im Hintergrund und werden nicht vom Volk gewählt. Das geht aber ganz und gar nicht aus dem Artikel hervor. Hier werden nur dubiose Anspielungen gemacht und man muß sich die einzelnen Außerungen über das Parlament in diesem Artikel zusammensuchen, um sich annähernd das Richtige denken zu können. Im ganzen Artikel wird um diese wichtigen Dinge herumgeredet. Nur der letzte Absatz nennt ungefähr die Dinge beim Namen. Aber auch dort steht nicht das Wesentliche, nämlich wie man zur Volksmacht kommt. Ein unbefangener Leser könnte sich ohne weiteres denken, daß man dazu keine Revolution braucht, sondern nur das Parlament ändern müsse. Diese Schlußfolgerung liegt nahe, wenn es heißt, daß der Parlamentarismus "heute dazu dient, ... die arbeitenden Menschen hinters Licht zu führen". Wenn man hier nicht dazu sagt, daß das Parlament, solange es existiert, diese Funktion haben wird, und daß dies nicht zu ändern ist (etwa durch mehr "Mitbestimmung" und dgl.), dann ist auch der Schluß möglich, daß es im Kapitalismus eine "wirkliche" Volksvertretung geben könnte, um die man kämpfen müsse.

Wenn der Genosse F.R. aber darauf hinauswill, dann sollte er besser zur "K"P gehen.

A.S., Wien

Über die bürokratischen Kapitalisten

Schulungsreihe im Lokal der VRA, Wien 20, Universumstraße 40, Beginn 20 Uhr.

Am Freitag, 16. November 1973:

Der Vergesellschaftungsprozeß im Kapitalismus

Konzentration und Zentralisierung des Kapitals bis zur Verstaatlichung

Am Freitag, 14. Dezember 1973:

Verwandlung eines Teils der Arbeiteraristokratie in funktionierende bürokratische Kapitalisten

Am Freitag, dem 11. Jänner 1974:

Die bürokratischen Kapitalisten im heutigen Rußland



Bemerkung der Redaktion zum Leserbrief von A. S.

Wir sind der Meinung, daß die Kritik an dem Artikel von F.R. (Das Parlament, eine Karikatur auf die Demokratie) zutrifft. Die Verantwortung für seine Veröffentlichung liegt jedoch voll und ganz bei der Redaktion, die ja auch den Artikel redigierte. Wir versichern, daß dem Genossen F. R. nichts ferner lag als eine "Auslegung" seines Artikels im revisionistischen Sinne. Wir begrüßen es, daß sich unsere Leser kritisch mit den Zeitschriften der VRA auseinandersetzen und wir werden diese Kritik beherzigen, um in Zukunft die Veröffentlichung derartiger unklarer Artikel zu vermeiden. ●



Die Gastarbeiterfrage — eine Klassenfrage

Österreich hat sich, so wie die meisten Staaten des kapitalistischen "westlichen" Europa, mit dem "Gastarbeiterproblem" herumzuschlagen. Immer wieder liest und hört man Worte, die dieses "Problem" anschneiden. Die Skala der Meinungen erstreckt sich von der faschistischen Forderung: "Tschuschen raus!" bis zu der sogenannten "Integrierungspolitik" der SP-Regierung. Man könnte sagen, daß dies eine Äußerung von "Demokratie" sei, wenn zu einem Problem verschiedene Meinungen vorliegen. Und was zählt schon die Meinung einer faschistischen Splittergruppe; da ist doch die Meinung der Regierung viel gewichtiger und vernünftiger. Und dagegen gibt es doch wohl auch nichts einzuwenden?

Dies wäre schön und gut, wenn die Praxis nicht anders aussehen würde. Offiziell ist man "bemüht", die Gastarbeiter in Aktionen à la Kolarić der österreichischen Gesellschaft anzupassen, doch kehren sich solche "Bemühungen" sogleich in ihr Gegenteil um. Die Aktion Kolarić führte schon nach kurzer Zeit dazu, daß man den Namen "Kolarić" als gängiges Schimpfwort für ausländische Arbeiter anwendete. Wieso kommt es dazu, daß die ausländischen Arbeiter so diskriminiert werden? Ist es so, daß sie allesamt "finstere Typen" oder "Messerstecher" sind? Hat der Österreicher eine angeborene Abneigung gegen sie? Der Grund dafür muß tiefer liegen. Diese Ausreden und Verallgemeinerungen sind ja nur Mittel zum Zweck.

Wozu eigentlich Gastarbeiter?

Es wurde notwendig Gastarbeiter in Österreich aufzunehmen, da ein akuter Arbeitermangel herrscht. "Die heimischen Arbeiter wollen eben keine Dreckarbeit mehr verrichten, sie streben qualifiziertere Arbeiten und höhere Bildung an. Dies konnte aber nur durch die Hereinnahme von Fremdarbeitern ermöglicht werden. Es geschieht also zum Wohle und Wohlstand der österreichischen Arbeiter". So jedenfalls hört man die Argumentationen aus Kapitalmund.

Diese Argumentation stellt aber die Tatsachen auf den Kopf. Die Lüge daran ist, daß die Kapitalisten die ausländischen Arbeiter nicht deswegen nach Österreich geholt haben, um den österreichischen Arbeitern bessere oder höherbezahlte Arbeitsplätze oder mehr Bildungsmöglichkeit zu verschaffen, sondern gerade das Gegenteil. Wenn die Kapitalisten behaupten, die heimischen Arbeiter wollen keine "Dreckarbeit" mehr machen, so haben sie einen wichtigen Teilaspekt bei ihrer Argumentation bewußt "vergessen". Nämlich, daß die österreichischen Arbeiter diese Arbeiten nur nicht für den geringen Lohn, der dafür bezahlt wird, verrichten wollen. Die Gastarbeiter aber, die durch die miserable wirtschaftliche Lage in ihrem jeweiligen Heimatland gezwungen sind ins Ausland arbeiten zu gehen, sind für die inländischen Kapitalisten ein gefundenes Fressen. Die Löhne, die ihnen hier gezahlt werden, sind zwar oft weit höher als zu Hause, gleichzeitig aber unvergleichlich niedriger als die Löhne, die die Kapitalisten den österreichischen Arbeitern zahlen müßten. So zum Beispiel stellt die Bundeswirtschaftskammer laut einem Artikel in der "AZ" fest: "Daß ein Einfrieren der Gastarbeiterzahl auf dem derzeitigen Stand....inflationsfördernd" wäre und "zu einer völligen Monopolisierung des Arbeitsmarktes führen" würde..."Solange die Enge des Arbeitsmarktes lohnpolitisch eine der Hauptantriebskräfte der Inflation darstellte, müsse eine Einschränkung der Gastarbeiterzahl die Lohnkosten hinauftreiben". Das heißt nichts anderes, als daß die Gastarbeiter den Kapitalisten als Lohndrücker dienen sollen. Sie sollen aber nicht nur die "freigewordenen" schlecht bezahlten Arbeitsplätze auffüllen, sondern vielmehr darüber hinaus den Kapitalisten als Reservearmee dienen, mit deren Hilfe sie die österreichischen Arbeiter verunsichern können. Wie es z.B. in vielen Betrieben der Fall ist, daß österreichischen Arbeitern, wenn sie vom Unternehmer mehr Lohn verlangen, diese Forderung kühl abgeschlagen wird, mit den Worten: "Wenn Du mehr Lohn haben willst, so mußt Du Dir einen neuen Posten suchen, ich kann einen Fremdarbeiter um weniger Lohn auf Deinen Platz setzen, als Du schon jetzt bekommst".

Ebenso ist es Absicht der Kapitalisten, die Gastarbeiter als Streikbrecher im Falle von Arbeitskonflikten einzusetzen. Wie sollen sie das bewerkstelligen? Die Unternehmer bringen vorerst einmal die Gastarbeiter in ein Abhängigkeitsverhältnis. Schon im Kontingentabkommen, das zwischen der österreichischen Regierung



und den Gastarbeiter liefernden Ländern, wie Jugoslawien, der Türkei usw., sind die Firmen, die Gastarbeiter einstellen, verpflichtet, "entsprechende" Quartiere zu errichten. Dies alleine bewirkt, daß die ausländischen Arbeiter - soferne sie Quartiere beigestellt bekommen - aus Angst, sie könnten ihre Unterkunft verlieren und dann wieder abgeschoben werden, jedem Druck der Unternehmer nachgeben. Dazu kommt noch, daß ein großer Teil dieser ausländischen Arbeiter illegal nach Österreich gekommen ist. Diese Arbeiter sind dem Druck und den Spekulationen skrupelloser Geschäftemacher am stärksten ausgeliefert. Sie haben nicht das mindeste Rechtsmittel in der Hand, das sie gegen die Willkür der Unternehmer schützt.

Diese Gruppe von ausländischen Arbeitern ist auf die immer mehr überhand nehmenden Gastarbeiter-Elendquartiere - richtige Ghettos - angewiesen. Sie müssen horrende Summen pro Bett bezahlen. Oft müssen dreißig bis vierzig Leute auf engstem Raum leben, in denen, wenn überhaupt vorhanden, die sanitären Anlagen unter dem Hund sind.

Es ist also kein Wunder, wenn Menschen, die auf so engen Raum zusammengepfercht sind und obendrein keine Möglichkeit zur Hygiene haben, nicht "nett und adrett" wie Zöglinge einer Klosterschule aussehen.

Da ihre Unzufriedenheit manchmal in Raufhändel und Zänkereien ein Ventil sucht (wobei bemerkt wird, daß dies im geringen Maße der Fall ist), ist eigentlich verständlich. Die Massenmedien stürzen sich aber mit Feuereifer auf solche Berichte und schreiben blutrünstige Geschichten über das "Verbrechertum" der ausländischen Arbeiter. Es vergeht fast kein Tag, an dem man nicht von Verbrechen liest, bei denen die Täter "vermutlich Gastarbeiter sind". So werden die Gastarbeiter von den Massenmedien im Bewußtsein der österreichischen Arbeiter als Menschen zweiter Klasse abgestempelt.

Es gibt drei Gründe, warum die Gastarbeiter als Menschen zweiter Klasse hingestellt werden. Auf einen Zweck zielt aber all dies ab: auf die Spaltung der Arbeiterklasse.

Die Sklaven unterhalb von Sklaven

Die Bourgeoisie hat vor den Arbeitern riesige Angst. Sie weiß nämlich um die Stärke einer bewußt und geeint kämpfenden Arbeiterklasse. Deshalb versucht sie die Arbeiterklasse zu spalten. Sie versucht die Gastarbeiter als eine Art Subproletariat zu installieren. D.h. die österreichischen Arbeiter sollen auf die Gastarbeiter "hinunterschauen". Sie sollen sich sagen können, daß es ihnen gar nicht so schlecht gehe, da es ihnen ja noch viel schlechter gehen könnte, als es ihnen jetzt schon geht. Sie sollen ihren eigenen "Wohlstand" am Elend und ihr eigenes "hohes Niveau" an den Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter messen. Und ebenso sollen die Gastarbeiter für ihre österreichischen Kollegen als Pedale für die Radfahrerhaltung dienen: "Nach oben einen Buckel machen und nach unten treten". Die österreichischen Arbeiter sollen ihre Unzufriedenheit mit dem geringen Lohn, den steigenden Preisen, mit dem bürgerlichen System überhaupt, auf die scheinbar unter ihnen stehenden "Ausländer" abreagieren. Denn so sollen die österreichischen Arbeiter ihr eigenes modernes Sklavendasein übersehen.

Angst vor der Solidarität

Lügen haben kurze Beine, sagt ein Sprichwort. So auch vom "Untermenschen Gastarbeiter". Viele österreichische Arbeiter haben in der Praxis, im Umgang mit dem ausländischen Kollegen erkannt, daß dieser nicht wesentlich anders ist als sie selbst – nur schlechter bezahlt und daher ärmer. Daß aber diese Erkenntnis nicht über die Einzelperson des Kollegen im Betrieb hinausgeht und zur Verallgemeinerung wird, ist es für die Bourgeoisie notwendig, die Gehirne der Arbeiter immer wieder mittels kleinen, aber wirksamen Dosen von diskriminierenden Meldungen über Gastarbeiter zu vergiften. Ebenso notwendig ist es für sie, die Gastarbeiter, sei es am Arbeitsplatz oder in der Gesellschaft, als Mittel für eine "Bedrohung" der österreichischen Arbeiter zu verwenden, Motto: Schlag den Hund, er wird die Peitsche beißen. Damit soll die Solidarität zwischen den österreichischen und den ausländischen Arbeitern verhindert werden.

Eine neue Taktik

Aber dadurch, daß die Gastarbeiter die anfänglichen Sprachschwierigkeiten überwunden haben, sich mit ihren österreichischen Kollegen allmählich, nicht nur sprachlich, sondern auch menschlich verständigen können, muß die herrschende Klasse dem immer stärker werdenden Druck und den Forderungen – nicht nur der Gastarbeiter – nach menschenwürdigeren Unterkünften, besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen bis zu einem gewissen Maß nachkommen.

Doch auch hier spielt sie ihr Spiel. Denn neuerdings werden vereinzelt in manchen Medien Töne laut, die – man höre und staune – sagen, daß auch Kolarić ein Mensch sei, daß man ihn menschlich behandeln müsse, ihm anständige Quartiere geben und ihm Plätze und Lokale zur Verfügung stellen müsse, um ihm die Möglichkeiten zu geben, seinen Gewohnheiten huldigen zu können.

Ja sogar im Betrieb sollen die Gastarbeiter mehr Rechte bekommen. Sie sollen sogar ihre eigenen Betriebsräte wählen. Dagegen könnte man nichts einwenden, wüßte man nicht genau, welche Funktionen die Betriebsräte nach dem Willen der ÖGB-Bonzen haben sollen. Nämlich als Vertreter die Arbeiter zu bespitzeln. Und wenn man schon österreichische Arbeiter mit Pöstchen bestechen kann, dann sollte das doch bei sowieso schon viel mehr abhängigen Gastarbeitern nicht schwer fallen. Die ÖGB- und SP-Bonzen rechnen, aus den Gastarbeitern so die besten Parteigänger der SP und treue – gleichzeitig willenlose – Mitglieder zu gewinnen. Aus dem gleichen Grund wird die Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft offeriert.

Die Bourgeoisie ist sich voll und ganz bewußt, daß die Konjunktur nicht in alle Ewigkeit so weitergeht, wie es vielleicht jetzt noch den Anschein hat. Deswegen setzt sie, trotz der Beteuerungen und des Händeringens der Regierung, man müsse und solle doch, um Gottes willen, für die Fremdarbeiter etwas tun, ihre Hetzkampagne gegen die ausländischen Arbeiter permanent fort. Die faschistischen Urlaute sind dabei nicht zu überhören. So hat z.B. die "Kronen Zeitung" in einem Bericht über Gastarbeiterkinder geschrieben, man könne nicht zulassen, daß die österreichischen Kinder von denen der Ausländer körperlich und geistig verseucht werden. Deshalb müsse man schnellstens Abhilfe schaffen, indem man diese "auf den Balkan" zurückschickt.

Diese faschistische Hetzpropaganda wird ganz bewußt in die Massen gestreut, um sie heute zwar als journalistische oder persönliche Fehlleistungen auszugeben, um sie aber in Krisenzeiten (z.B. wenn Arbeitslosigkeit herrscht) aus den Gehirnen der Arbeiter wieder hervorzuholen und zu sagen: "Wir haben ja schon immer gesagt: Die Gastarbeiter sind schuld, sie gehören aus dem Land geworfen!". Es ist also eine mehr oder weniger unterschwellige Vorbereitung darauf, einen "Schuldigen" an der kapitalistischen Krise "zu finden".

Mit einer solchen Hetze kann man dann nämlich leicht allen Unmut der österreichischen Arbeiter vom tatsächlichen Feind — der eigenen herrschenden Klasse — ablenken.

Die Solidarität der Arbeiterklasse

Alle Arbeiter, gleich welcher Nation oder Hautfarbe, gehören aber einer Klasse an, eben der Arbeiterklasse. Sie stehen überall der gleichen Situation gegenüber. Nämlich der Ausbeutung durch die Bourgeoisie.

Für die österreichische Arbeiterklasse ist es unbedingt notwendig, nicht auf diese Hetzpropaganda und Betrugsmanöver hereinzufallen. Für sie steht auf der Tagesordnung, volles Verständnis für die Nöte der ausländischen Arbeitskollegen aufzubringen und sich mit ihnen zu verständigen.

In allen Fragen, die uns gemeinsam betreffen (wie Lohn, Preise, Steuern usw.), müssen wir gemeinsam kämpfen. Dann wird es den Kapitalisten nicht gelingen, die ausländischen Arbeiter als Lohndrücker und Streikbrecher gegen uns zu mißbrauchen. Bei den letzten Streiks in Westdeutschland hat sich klar gezeigt, daß die ausländischen Arbeiter vorbildliche und standhafte Klassenkämpfer sind. Diese Streiks haben der ganzen Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Vorteile gebracht. Um die Klassensolidarität zwischen österreichischen und ausländischen Arbeitern müssen wir uns unermüdlich bemühen.

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter hat immer erklärt, daß sie gegen den Import ausländischer Arbeitskräfte ist, weil dies nur dazu dient, die Profite der Kapitalisten zu vermehren. Sie hat aber zugleich immer betont, daß die in unserem Land tätigen ausländischen Arbeitskollegen unsere Klassenbrüder sind. Wenn die österreichischen Arbeiter auch diesen Standpunkt einnehmen und darauf konsequent beharren, dann gewinnen sie – wie das westdeutsche Beispiel zeigt – wertvolle Verbündete im Kampf gegen die Kapitalisten.

Der Redaktionsschluß dieser Ausgabe war am 24. Oktober 1973.

Guinea-Bissau erklärt sich unabhängig





Am 24. September trat die in den befreiten Gebieten gewählte Nationale Volksversammlung zusammen und rief die Unabhängigkeit aus. Sie verabschiedete auch eine Verfassung und wählte Luis Cabral zum Vorsitzenden der jungen Republik sowie Francisco Mendes zu ihrem Regierungsvorsitzenden.

Damit errang das Volk von Guinea-Bissau einen großen Sieg über die portugiesischen Kolonialherren. Über 500 Jahre lang war das Land eine Kolonie Portugals. Das koloniale Joch brachte dem Volk Sklaverei, Zwangsarbeit, Kopfsteuern und eine einseitige Entwicklung der nationalen Wirtschaft, die es in Not und Elend stürzte.

Aber wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Widerstand. So ist der Widerstand gegen die Portugiesen nie erloschen. 1956 schließlich gründeten sechs Patrioten die "Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln" (PAIGC). Diese Partei versuchte in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit ihr Ziel - die nationale Befreiung - mit friedlichen Mitteln, durch Streiks und Demonstrationen zu erreichen. Als aber im August 1959 die Kolonialsoldateska in streikende Hafenarbeiter und Handelsmatrosen schoß und 50 von ihnen ermordete, 100 weitere verletzt wurden, da erkannte die PAIGC, daß die Freiheit nur mit Waffengewalt errungen werden kann. Dazu sagte der im Frühjahr von portugiesischen Agenten ermordete Generalsekretär der PAIGC, Amilcar Cabral: "Wir beschlossen, unser Volk auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten, um die portugiesische Gewalt, die verbrecherische Gewalt, mit der Gewalt der Freiheit zu beantworten.

Der Schwerpunkt der politischen Arbeit der PAIGC wurde nach 1959 auf das Land verlegt und die Volksmassen wurden auf den bewaffneten Kampf vorbereitet. Nach vierjähriger Vorbereitung und nach der Verankerung unter den Massen der Bauern flammte der Volkskrieg auf. In den vergangenen zehn Jahren seit 1963 sind weit mehr als zwei Drittel des Landes befreit worden, die Portugiesen sind auf wenige Stützpunkte zurückgedrängt.

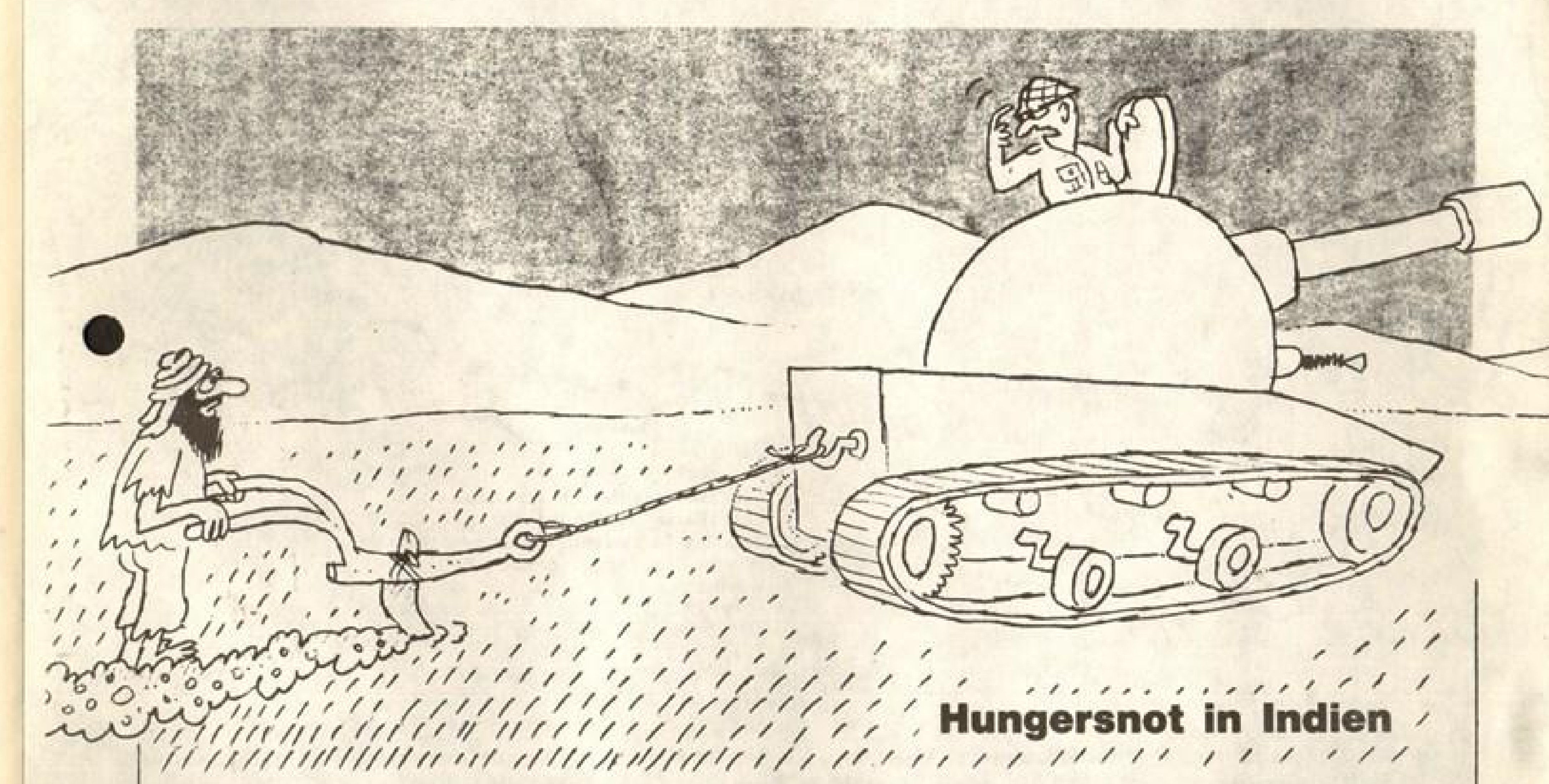
Das Volk schuf sich in den befreiten Gebieten seine eigenen Machtorgane, seine Volksgerichte und seine Volksmiliz. Im Gesundheitswesen und bei der Nahrungsmittelversorgung zeigten sich rasch Fortschritte. Auch dem Analphabetismus - oft waren 99 Prozent der Bevölkerung Analphabeten - wurde der Kampf angesagt. Während die Portugiesen in ihrer 500jährigen "zivilisatorischen Mission" bloß 56 Elementarschulen für 2000 Schüler errichtet hatten, bestanden schon 1966/67 in den befreiten Gebieten 195 Schulen für 15.000 Schüler.

Befreit von den drückenden Lasten des Kolonialsystems entwickelte sich die Landwirtschaft und Genossenschaften wurden gegründet. Trotz der großen Dürrekatastrophe in Westafrika konnte Guinea-Bissau Reis nach Senegal und Mali exportieren. Auch das Handwerk entwickelt sich wegen des ständig steigenden Bedarfs an Konsumgütern.

Obwohl sich in Guinea-Bissau, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, mehr Truppen befanden als in Vietnam, konnte das Kolonialheer den Freiheitswillen der Bevölkerung und die Kampfkraft der Befreiungsarmee nicht brechen. Im Gegenteil erlitten die Portugiesen eine Niederlage nach der anderen und der Tag ihrer völligen Vertreibung ist nicht mehr fern.

Die Unabhängigkeitserklärung ist ein wichtiger Schritt zur vollständigen Befreiung. Weit mehr als dreißig Staaten, darunter viele afrikanische Länder sowie China und Nordvietnam haben die junge Republik bereits anerkannt. Die UNO-Vollversammlung hat die Regierung Guinea-Bissaus als rechtmäßige Regierung dieses Landes bezeichnet und erklärt, daß die Anwesenheit portugiesischer Truppen illegal ist.

Die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus ist eine große Ermutigung für die kämpfenden Völker Angolas, Mocambiques, Namibias (Südwestafrikas), Azanias (Südafrikas) und Zimbabwes (Rhodesiens). Der gerechte Kampf der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus und Imperialismus wird sicher vom Sieg gekrönt werden. Die Entwicklung hat vollauf die Worte Amilcar Cabrals bestätigt: "Ein Volk, das sich auf dem Vormarsch befindet, kann niemand aufhalten." ●



Hungersnot in Indien

Zum Kauf russischer Panzer hat die indische Regierung stets Geld genug, zum Kauf landwirtschaftlicher Geräte offenbar nicht:

In Indien herrscht eine Hungersnot. Die heurige Mißernte und die Spekulationen auf dem schwarzen Markt riefen in verschiedenen Teilen des Landes Revolten hervor.

In der südindischen Kleinstadt Ranabenu stürmten 12 000 Menschen die Eisenbahnstation und leerten die mit Nahrungsmitteln beladenen Waggons. Danach steckten sie einige der Waggons in Brand und marschierten zur Polizeistation. Sie besetzten diese, warfen die Akten auf die Straße und verbrannten sie. Die Polizei versuchte vergeblich, die Massen mit Tränengas und Schlagstöcken auseinanderzutreiben. Doch diese zogen weiter zum zentralen Markt der Stadt. Dort schoß die Polizei auf die Rebellierenden und tötete und verletzte viele von ihnen.

Diese Ereignisse waren die zweite große Hungerunruhe im September dieses Jahres. Die erste Revolte war in der Stadt Tscharg ausgebrochen. ●